

ABSCHLUSSBERICHT

RAN-Veranstaltung – *Gestaltung des Verhältnisses zwischen formaler und nichtformaler Bildung*
4. und 5. November 2020, digitales Treffen

Gestaltung des Verhältnisses zwischen formaler und nichtformaler Bildung

Wichtige Ergebnisse

Bei diesem Treffen der RAN-Arbeitsgruppen Youth & Education und LOCAL gingen die TeilnehmerInnen der Frage nach, in welchen Fällen sich Probleme für Lehrkräfte und örtliche Behörden ergeben, wenn es bei deren Arbeit zu Überschneidungen mit der Arbeit von VertreterInnen nicht offiziell anerkannter Ausbildungseinrichtungen kommt. Zu den wichtigsten Ergebnissen dieses Treffens zählt die Erkenntnis, dass SchülerInnen/Jugendliche davon profitieren, wenn die wichtigsten AkteurInnen ihres pädagogischen Umfelds (Schulen, Eltern, Ausbildungsstätten ohne offiziellen Status und örtliche Behörden) zusammenarbeiten. Sofern nicht mit gesellschaftlichen Werten oder den Zielen der formalen Bildung in Konflikt stehend, kann auch durch nicht offiziell anerkannte Einrichtungen vermittelte Bildung in diesem Zusammenhang einen Mehrwert darstellen (beispielsweise, indem sie positiven Einfluss auf die Ausbildung der eigenen Identität hat). Der Aufbau eines entsprechend guten, von Vertrauen geprägten Verhältnisses bedarf jedoch einiger Zeit. Sollten an der nicht offiziell anerkannten Ausbildungsstätte Werte vermittelt werden, die nicht mit demokratischen Werten vereinbar und unerwünscht sind, ist weniger wahrscheinlich, dass eine Basis der Zusammenarbeit gefunden werden kann. Sollten die betreffenden SchülerInnen entsprechenden Umgang haben, ist diese Situation genau zu beobachten. Beispiele dafür, in welcher Form sowohl die Zusammenarbeit verschiedener AkteurInnen als auch die Beobachtung des sozialen Umfelds der Jugendlichen erfolgen kann, wurden vorgestellt und werden auch in diesem Abschlussbericht erläutert.

Zunächst wird im vorliegenden Beitrag darauf eingegangen, welcher Art der Mehrwert ist, den nichtformale Bildung⁽¹⁾ für junge Menschen wie für deren unmittelbares Umfeld und letztlich für die gesamte Gesellschaft haben kann. Ebenso wird beleuchtet, wann Bildung nicht offizieller Stellen zum Problem werden kann und welche Beispiele es hierfür in verschiedenen EU-Staaten gibt. Im Anschluss an die Darlegung der in diesem Zusammenhang bestehenden Herausforderungen werden Empfehlungen ausgesprochen, die sich an Behörden sowie an Stellen der formalen Bildung⁽²⁾ wie nichtformalen Bildung richten. Diese Empfehlungen beziehen sich einerseits darauf, wie vermieden werden kann, dass sich aus nichtformalen Bildungsangeboten ein Problem ergeben kann, andererseits darauf, wie vorzugehen ist, wenn ein entsprechendes Problem tatsächlich auftritt.

Zentrale Punkte der Diskussion

Wert der nichtformalen Bildung

Die nichtformale Bildung kann einen Schutzfaktor darstellen und zur Ausbildung der eigenen Identität beitragen sowie ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen. Dies kann das eigene Leben bereichern und die Ausbildung einer kulturellen und religiösen Identität in positiver Weise fördern. Durch die persönliche Anleitung und Betreuung, die die Jugendlichen dabei erhalten und die auf anderem Wege nicht ermöglicht werden könnte, werden beispielsweise Selbstbewusstsein, Identität und Zugehörigkeitsgefühl gestärkt. Bildungseinrichtungen ohne offiziellen Status können somit einen positiven Einfluss auf die Entwicklung Jugendlicher haben, auch hinsichtlich der Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus (P/CVE). Kann eine entsprechende Einrichtung als vertrauenswürdig angesehen werden, ist darüber nachzudenken, ob ihre Arbeit durch örtliche Behörden unterstützt werden sollte.

Positivbeispiele nichtformaler Bildungsangebote:

- Junge Menschen, insbesondere solche im jungen Erwachsenenalter, entwickeln ein Interesse für Religion. Das Bildungsangebot nicht offizieller Einrichtungen kann jungen Menschen dabei zur Seite stehen, Antworten auf Fragen ihrer (religiösen) Identität zu finden, und sie somit davor bewahren, in ein Loch zu fallen oder sich von der Gesellschaft zu distanzieren. Beispielsweise können junge Erwachsene Anregungen erhalten, wie die Gebote religiöser Schriften in einer modernen westlichen Gesellschaft ausgelegt werden können.
- In einem Pfadfinderprogramm, das derzeit von Madrasas in **Belgien** angeboten wird, erhalten junge Menschen am Vormittag Koranunterricht, während sie am Nachmittag Dienste an der Gemeinschaft verrichten (kaufen für alte Menschen ein, reinigen Straßen etc.). Auf diese Weise wird demonstriert, wie uralte religiöse Gebote im 21. Jahrhundert umgesetzt werden können, was als ein sehr gutes Modell angesehen wird.
- In **Irland** haben sich NROs in Initiativen engagiert, die Sport mit Rassismusbekämpfung verbinden: [Sport Against Racism Ireland](#) (SARI) und [Show Racism the Red Card](#); die Arbeit für diese Initiativen findet außerhalb des regulären Schulunterrichts am Nachmittag und an den Wochenenden statt. Sie folgt einem transparenten Konzept und findet in der Regel unter Beteiligung einer Lehrkraft der betreffenden Schule statt.

⁽¹⁾ In diesem Treffen stützten wir uns auf folgende Definition: Jegliche Bildungsmaßnahmen, die in strukturierter Form durch eine Institution außerhalb des formalen Bildungssystems durchgeführt werden. Das Treffen konzentriert sich inhaltlich auf jene nichtformalen Bildungsangebote, die dem Bereich der Wertevermittlung zuzuordnen sind und zu Konflikten mit formalen Bildungseinrichtungen und Behörden führen könnten, da die vermittelten Werte im Widerspruch zu demokratischen Grundwerten und dem Selbstverständnis schulischer Wertevermittlung stehen.

⁽²⁾ Formale Bildung ist für die Zwecke dieses Beitrags wie folgt definiert: In strukturierter Form durch staatliche oder staatlich anerkannte Institutionen erteilter Unterricht, der innerhalb eines nationalen Bildungssystems stattfindet. Quelle: RAN-Diskussionspapier – „Das Verhältnis zwischen formaler und nichtformaler Bildung“, 4.–5. November 2020.

Kann nichtformale Bildung zu Problemen führen?

Ein Problem kann das Bildungsangebot nicht offizieller Stellen dann darstellen, wenn große didaktische und/oder inhaltliche, insbesondere die vermittelten Werte betreffende Abweichungen gegenüber den Lerninhalten offizieller Bildungseinrichtungen bestehen. Werden an einer nicht offiziellen Bildungseinrichtung etwa Werte vermittelt, die mit einem demokratischen Grundverständnis unvereinbar sind, kann dies zur Folge haben, dass die Fähigkeit zum kritischen Denken und somit auch eine demokratische Grundhaltung nicht hinreichend ausgebildet wird. Ein Problem besteht auch dann, wenn durch den Unterricht einer nicht offiziellen Einrichtung gegen geltendes Recht verstoßen wird, wenn die Rechte der betreffenden Kinder (z. B. auf Freizeit) stark beschnitten werden oder wenn es sogar zu Misshandlungen kommt. Auch mangelnde didaktische Kompetenzen können problematisch sein, beispielsweise wenn das eingesetzte Lehrpersonal über keine pädagogische Ausbildung verfügt oder auf die unterschiedlichen ihm anvertrauten Jugendlichen nicht in altersgerechter Weise einzugehen weiß.

Als Problemfall eingestuft wurde beispielsweise die einer salafistischen Gemeinde angegliederte Einrichtung für nichtformale Bildung. Bei einer Behördenprüfung der Schule, bei der diese einer Sicherheitsprüfung unterzogen sowie ihr Bildungskonzept unter die Lupe genommen wurde, wurden viele Unregelmäßigkeiten festgestellt. So hatten die Kinder beispielsweise auch zu Zeiten Unterricht, die eigentlich dem regulären Schulunterricht vorbehalten sind, die Schule verfügte über eine voll ausgestattete Turnhalle und Kinder im Alter von 5 und 6 Jahren wurden über die Unterschiede zwischen „guten“ und „schlechten“ Menschen belehrt.

Mangelnde Sichtbarkeit und Transparenz erschweren die Gefahreinschätzung. Das trifft zum Beispiel auf Fälle zu, bei denen keinerlei Kontakt zu örtlichen Behörden geschweige denn eine Form der Zusammenarbeit mit diesen besteht oder bei denen eine kulturelle Distanz oder gar gegenseitiges Misstrauen herrscht. Unter solchen Umständen kann nicht ausgeschlossen werden, dass nicht offizielle Bildungseinrichtungen Radikalisierungsprozessen den Boden bereiten. Beispielsweise setzen sich VertreterInnen gewaltbereiter rechtsextremistischer Bewegungen und salafistischer Gemeinden verstärkt für Bildung zu Hause ein. Diese gibt Eltern breiteren Raum zur Indoktrination ihrer Kinder.

In einigen Fällen kann eine Zusammenarbeit von Einrichtungen der nichtformalen Bildung mit dem Sektor der formalen Bildung und Behörden nicht ermöglicht werden.

Ein im Bildungssektor tätiger Teilnehmer des Treffens stellte ein Beispiel für gescheiterte Zusammenarbeit vor. Dem Teilnehmer war aufgefallen, dass an der örtlichen Moschee undemokratische Werte vermittelt werden. Während die an der Moschee unterrichteten Kinder zunächst an verschiedenen religiösen Feierlichkeiten teilnahmen, die Teil des Schullebens sind, werden sie nun gelehrt, dass es gegen die Regeln des Islam verstoße, die Feiertage anderer Religionen (etwa Weihnachten) zu begehen, und dies daher zu unterlassen sei. Als die Leitung der Schule, die die Kinder besuchten, den Imam der betreffenden Gemeinde auf diesen Umstand ansprach, nahm dieser ihn nicht ernst und zeigte sich nicht zu einem konstruktiven Dialog bereit. Die Schulleitung wandte sich daraufhin an die örtlichen Behörden, die die Sachlage ebenfalls als problematisch einstufen, jedoch keine klare Anleitung für das weitere Vorgehen geben konnten.

Besteht ein Problembewusstsein?

Die Bandbreite an Bildungsangeboten nichtformaler Stellen ist groß und entsprechend vielfältig sind auch die Herausforderungen, die mit diesen Angeboten verbunden sein können. Es wurde festgestellt, dass das pädagogische Konzept einiger Einrichtungen des nichtformalen Bildungsbereichs unzureichend ist und/oder dass sich diese Stellen von der breiteren Gesellschaft abschotten. Einige dieser Einrichtungen verbreiten antidemokratisches Gedankengut, andere stellen eine Gefahr für die psychische Gesundheit der von ihnen betreuten Kinder dar. Wie stark diese Einrichtungen staatlicher Beobachtung und Überprüfung unterliegen, richtet sich nach der Rechtslage des betreffenden Staates und ist somit von Staat zu Staat unterschiedlich.

In **Frankreich** beispielsweise ist sowohl die Überwachung im Heimunterricht gelehrter Inhalte als auch die Beobachtung nichtformaler Stellen mit besonderen Hürden verbunden. Hier ist es nur dann rechtlich zulässig, den Lehrbetrieb einer Bildungseinrichtung zu überwachen, wenn diese sich vertraglich zur Einhaltung des staatlichen Lehrplans verpflichtet hat. Auch der Erstellung einer Datenbank, in der alle SchülerInnen erfasst sind, die den Unterricht einer nichtformalen Einrichtung besuchen, stehen rechtliche wie organisatorische Hürden entgegen. Anders ist die Rechtslage in **Finnland**; hier sind alle Schulen, auch solche in privater Trägerschaft, an den staatlichen

Lehrplan gebunden. Sie können zwar gewisse Schwerpunkte setzen – also etwa eine christliche Ausrichtung haben oder Fächern wie Kunst oder Sport besonders viel Raum geben –, die Grundlagen des Lehrplans sind jedoch landesweit identisch. In **Belgien** werden manche muslimische Gemeinden staatlich anerkannt, andere nicht. Im **Vereinigten Königreich** spielen nichtformale Bildungsangebote eine bedeutende Rolle. Das Land verzeichnet derzeit etwa 3.000 Madrasas, an denen Jugendlichen Islamunterricht erteilt wird. Der Anteil der im Vereinigten Königreich lebenden muslimischen Eltern, die ihre Kinder in den Islamunterricht schicken, beträgt nahezu 90 %. Ein wesentlicher Grund für diesen Anstieg ist einerseits, dass die muslimischen Gemeinden des **Vereinigten Königreichs** mit der wachsenden Nachfrage an Islamunterricht nicht mehr Schritt halten konnten, und andererseits, dass der Betrieb einer Madrasa ein einträgliches Geschäft ist.

Herausforderungen im Zusammenhang mit problematischen nichtformalen Bildungseinrichtungen

Folgende Herausforderungen wurden während des Treffens besprochen:

- Die rechtlichen Rahmenbedingungen lassen es zu, dass nichtformale Bildungseinrichtungen Abschottung fördern, antidemokratisches Gedankengut verbreiten und Unterricht mit niedrigem Qualitätsniveau anbieten.
- Es kann schwierig sein, nichtformale Bildungseinrichtungen zu überwachen. Ein Gesetz, durch welches nichtformale Bildungseinrichtungen verpflichtet werden, sich zu registrieren, ließe sich in vielen Ländern nur schwer durchsetzen. Einem Aufruf zur freiwilligen Registrierung werden wiederum nicht alle Einrichtungen nachkommen, insbesondere jene nicht, deren Überwachung wünschenswert wäre.
- Das Lernumfeld Jugendlicher lässt sich schwer fassen. PraktikerInnen an Schulen und Behörden wissen oft nicht darüber Bescheid, welche außerschulischen Bildungsangebote die SchülerInnen, für die sie zuständig sind, wahrnehmen.
- Es besteht das Risiko, dass nicht offizielle Bildungseinrichtungen und die sozialen Gruppen, die mit diesen in Verbindung stehen, diskriminiert werden. Zeigen Behörden in der Zusammenarbeit ein überstarkes Interesse an Sicherheitsfragen oder wird die Zusammenarbeit überhaupt erst zu diesem Zweck aufgenommen, kann dieser Eindruck bei den betroffenen Einrichtungen noch verstärkt werden.

Empfehlungen

Die TeilnehmerInnen des Treffens waren übereinstimmend der Meinung, dass außerschulische Bildungsangebote für Jugendliche eine Bereicherung darstellen und eine wichtige Funktion in ihrem Leben haben können. Voraussetzung dafür ist jedoch eine gemeinsame Wertebasis von formalem und nichtformalem Bildungsangebot. Ein gutes nichtformales Bildungsangebot kann die Bildung eines jungen Menschen sinnvoll ergänzen und bereichern. Beispielsweise sind Arabischkenntnisse für die Lektüre islamischer Schriften unabdingbar. Können diese Kenntnisse nicht innerhalb des formalen Bildungssystems solide vermittelt werden, kann dies dazu führen, dass sich die Jugendlichen aus anderen Quellen gefährliches Halbwissen aneignen. Ein Teilnehmer formulierte dazu treffend: „Unter den Blinden ist der Einäugige König.“ Es wird also ein System benötigt, in dem sowohl Sprach- als auch Sachkenntnisse vermittelt werden. Im Folgenden werden Empfehlungen vorgestellt, deren Befolgung zu einem solchen System führen soll, in welchem ein zweiäugiger König das Zepter in der Hand hält.

Für örtliche Behörden

- Kommunalbehörden wird geraten, ein gutes Verhältnis mit nichtformalen Bildungseinrichtungen anzustreben, um sicherzustellen, dass junge Menschen in optimaler Weise gefördert werden.
- Wo möglich und angemessen, sollten entsprechende Einrichtungen in lokale Jugendschutzprogramme eingebunden sein. Auf diesem Wege wird sichergestellt, dass alle in der Jugendarbeit Tätigen wissen, an welchen Ansprechpartner sie sich wenden können, wenn sie Fragen haben, Rat benötigen oder Beobachtungen melden möchten, die Anlass zur Sorge geben.
- Achten Sie auf einen fruchtbaren Austausch. Stellen Sie sicher, dass alle beteiligten Parteien wissen, wer ihr jeweiliger Ansprechpartner ist; wer vertritt die einzelnen Schulen der Gemeinde und wer die für diese zuständige Behörde?
- Kommunizieren Sie offen und achten Sie darauf, keinesfalls zu stigmatisieren. Achten Sie in diesem Zusammenhang darauf, vorurteilsfrei mit nichtformalen Bildungseinrichtungen umzugehen und sich nicht missverständlich über diese zu äußern.
- Ein Ansatz könnte in der Vergabe von Qualitätszertifikaten bestehen, für die sich private Bildungseinrichtungen auf freiwilliger Basis bewerben können. Im **britischen** Manchester etwa wird ein Qualitätssiegel in den drei Stufen Gold, Silber und Bronze vergeben. Durch dieses System werden Eltern animiert, auf die Qualität der Ausbildung ihrer Kinder zu achten, und für die Einrichtungen wird ein Anreiz gesetzt, das Niveau ihres Angebots zu steigern.

Für Schulen des formalen Bildungssystems

Zusammenarbeit zwischen Schulen des formalen und nichtformalen Sektors

- Investieren Sie in Ihr Netzwerk. Bleiben Sie im Gespräch – mit den VertreterInnen von Communitys und anderen direkt an der Basis Tätigen wie Imamen oder anderen GemeindevertreterInnen, mit SozialarbeiterInnen, VertreterInnen örtlicher Behörden und so weiter. Schaffen Sie ein positives Lernumfeld, indem sie die unterschiedlichen beteiligten AkteurInnen miteinander vernetzen, am besten bei zu diesem Zweck organisierten Treffen. Eine Alternative könnte darin bestehen, an nichtformalen Einrichtungen tätige Lehrkräfte Gastvorträge halten zu lassen. Auf diese Weise wird das Vertrauen in die entsprechenden Einrichtungen gestärkt und vermieden, dass erst dann ein Kontakt hergestellt wird, wenn ein Problem auftritt.
- Ihre Schule sollte einem starken ethischen Leitbild folgen, welches nicht nur einen Wertekanon vorgibt, sondern auch Orientierung bietet für das Vorgehen im Falle, dass dieser verletzt wird. Eltern sollten bei der Anmeldung ihrer Kinder an der Schule mit diesem Wertekanon vertraut gemacht werden. An manchen Schulen sind bereits Leitbilder etabliert, beispielsweise zu Aspekten wie Mobbing. Machen Sie sich bewusst, für welche Werte Ihre Schule steht, und machen Sie diese auch gegenüber Eltern deutlich.
- Fördern Sie das Vermögen Ihrer SchülerInnen zu kritischem Denken; dies ist der beste Schutz, den Sie ihnen gegen etwaige negative Einflüsse anderer Einrichtungen geben können. Mehr zu diesem Thema finden Sie in der [Veröffentlichung des RAN zu Demokratiewerkstätten](#).
- Wenn beispielsweise im Sozialkundeunterricht Religionen behandelt werden, könnte in eine Unterrichtsstunde ein externer Experte oder eine externe Expertin eingeladen werden, der/die darüber spricht, welche Bedeutung Religion für seinen/ihren Alltag hat.
- Besteht die Möglichkeit, an der Schule Arabischunterricht zu erhalten, senkt das die Wahrscheinlichkeit, dass entsprechende Angebote unseriöser Stellen wahrgenommen wird. Bietet die Schule Arabischunterricht an, würde es sich anbieten, das Portfolio um weitere Fremdsprachen zu erweitern. Auf diesem Wege wird eine Polarisierung vermieden.
- Binden Sie die Eltern Ihrer SchülerInnen ein; sorgen Sie dafür, dass sie an der Planung der Schullaufbahn ihrer Kinder beteiligt und über deren Verhalten in der Schule unterrichtet sind. In der Kommunikation mit Eltern kann Fingerspitzengefühl gefragt sein; viele dürften völlig ahnungslos darüber sein, wie sich ihr Kind in der Schule verhält. Legt ein Kind Verhaltensweisen an den Tag, die aus Sicht der Lehrkraft problematisch

sind (verweigert beispielsweise die Teilnahme an bestimmten Aktivitäten), ist dessen Eltern dies oft nicht bewusst. Es ist deshalb wichtig, sie in einer Weise auf die bestehende Problematik anzusprechen, die keine Abwehrhaltung provoziert.

Anzeichen schädlicher Einflüsse nichtformaler Bildungseinrichtungen erkennen

- Zeigen Sie Ihren SchülerInnen gegenüber Interesse an deren außerschulischen Aktivitäten. Nur wenn Sie eine offene und unvoreingenommene Grundeinstellung bewahren, werden Sie Anzeichen für qualitative Mängel erkennen können. Fragen Sie SchülerInnen, die eine Wochenendschule besuchen, wie ihnen der Unterricht, den sie dort erhalten, gefällt; so können Sie einen Eindruck darüber gewinnen, ob dieser Defizite aufweist. Kommen Sie zu dem Schluss, dass Anlass zur Sorge besteht, können Sie den Kontakt mit den Eltern oder der betreffenden Wochenendschule suchen und versuchen, die bestehenden Defizite gemeinsam zu beseitigen.
- Bieten Sie allgemeine Schulungen zum Thema Extremismusbekämpfung und -prävention für pädagogisches Personal an, in denen dieses lernt, Anzeichen für Radikalisierung richtig zu deuten und diese in einer Weise anzusprechen, die die Betroffenen nicht stigmatisiert. Eine solide Einschätzung möglicher Warnzeichen kann unter Umständen nur durch einen Experten bzw. eine Expertin im Bereich (extremistischer) Ideologie getroffen werden. Bei handfesten Anzeichen für eine bedenkliche Entwicklung sollten Sie sich von den örtlichen Behörden Fachkräfte zur Seite stellen lassen, etwa eine Fachkraft aus dem Bereich Religion, die zuverlässiger einschätzen kann, ob die beobachteten Tendenzen Anlass zur Sorge geben.
- Suchen Sie im Falle von Wertekonflikten das Gespräch mit den Eltern und versuchen Sie, gemeinsam mit diesen eine Lösung zu finden. Achten Sie darauf, den betroffenen SchülerInnen und ihren Eltern mit Respekt zu begegnen.
- Wenn möglich, stattdessen Sie der nichtformalen Bildungseinrichtung, die das betreffende Kind besucht, einen Besuch ab, um sich ein genaueres Bild von den verfolgten Bildungszielen und den vermittelten Werten zu machen und auf dieser Grundlage ihre Bedenken besser einordnen zu können. Überlegen Sie sich, wer an Ihrer Schule dafür geeignet wäre, sich dieser Aufgabe anzunehmen.
- Erhärtet sich der Verdacht, dass eine nicht staatlich anerkannte Koranschule problematische Inhalte lehren könnte, und kann mit dieser kein konstruktiver Dialog geführt bzw. in konstruktiver Weise zusammengearbeitet werden, sollten die örtlichen (Polizei-)Behörden oder andere für P/CVE-Arbeit zuständige Stellen hinzugezogen werden. Diese Stellen können sich ggf. mit weiteren (meist den auf nationaler Ebene angesiedelten) Stellen über weitere Maßnahmen abstimmen.

Relevante Praktiken

1. **Beim ALEF-Projekt** handelt es sich um ein Programm, bei dem Brüsseler Kinder im Alter von 6–12 Jahren am Wochenende Arabisch lernen können. Das Angebot versteht sich als Alternative zu klassischen Koranschulen und soll dazu beitragen, die bestehende Angebotslücke im Bereich professionellen Arabischunterrichts zu füllen, die mit dafür verantwortlich ist, dass teils innerhalb des eigenen Elternhauses Verständigungsprobleme auftreten und junge Menschen den Bezug zu ihren kulturellen Wurzeln verlieren. Das Unterrichtskonzept, dem die Stunden des ALEF-Projekts folgen, wurde in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Brüssel erarbeitet, die Interesse an der Ausarbeitung eines soliden Lehrplans für einen nicht religiös orientierten Arabischunterricht hatte. In diesem Lehrplan sind Konzepte verwirklicht, die im Unterricht zur Sprach- und Kulturvermittlung allgemein breite Anwendung finden. Neben dem reinen Spracherwerb sollen auch kritisches Denken sowie Antirassismus und Interkulturalität gefördert werden.
2. Das **Safer Supplementary School Scheme**. Dabei handelt es sich um ein mit Geldern des britischen Innenministeriums durch Behörden des Londoner Stadtbezirks Hounslow entwickeltes Zertifikat, das freiwillig erworben werden kann. Es soll für Anbieter von Bildungsprogrammen, die das schulische Angebot ergänzen, einen Anreiz zur Professionalisierung darstellen. Das Zertifikat dient den Eltern gegenüber als Ausweis und Versicherung, dass ihre Kinder an der Schule in guten Händen sind. Außerdem ergibt sich aus dem Erwerb des Zertifikats ein Anspruch auf Unterstützung von offizieller Seite, bei Wunsch etwa auf

Begleitung durch örtliche Behörden. Das Projekt befindet sich derzeit in der Pilotphase und soll im Erfolgsfall auf die nationale Ebene ausgeweitet werden.

Offene Fragestellungen

Nach wie vor unbeantwortet ist die Frage, wie im Einzelfall ermittelt wird, ob eine Zusammenarbeit mit einer nichtformalen Bildungseinrichtung anzustreben ist oder nicht. Wie sehr wäre eine solche Zusammenarbeit im Interesse des Kindes, seiner Schule und der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit und auf welche Bereiche sollte sie sich konzentrieren? Welche roten Linien lassen sich für den Umgang mit nichtformalen Bildungseinrichtungen ziehen, die als problematisch eingestuft werden? Welche universellen Werte und Normen stehen für Inklusivität und sollten Teil jedes schulischen Leitbilds sein? Ein weiteres RAN-Treffen könnte diesen Fragen nachgehen und sich außerdem der Erarbeitung eines Schemas zur Beurteilung der Sinnhaftigkeit bzw. der Erfolgsaussichten einer Zusammenarbeit mit dem externen Bildungsanbieter widmen. Auch ist noch nicht abschließend geklärt, ob die Zusammenarbeit mit nichtformalen Bildungseinrichtungen generell einen Mehrwert bietet.

Zum Abschluss des Treffens wurden die TeilnehmerInnen gebeten, zu äußern, welche Aspekte des Themas sie gerne vertiefen würden. Zu den dabei vorgebrachten Wünschen zählte der nach weiteren Informationen dazu, wie ein Schulklima, das kulturelle Vielfalt und Vielsprachigkeit fördert, geschaffen werden kann, sowie der nach Aufklärung über die Art der Dienste, die Behörden externen Bildungseinrichtungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit anbieten können. Ein weiteres Thema, das sich die TeilnehmerInnen auf der Agenda zukünftiger Besprechungen wünschen, ist die Frage, wie damit umzugehen ist, wenn nichtformale Bildungseinrichtungen anderen Staaten als Werkzeuge der (politischen) Einflussnahme dienen. Abschließend wurde auch der Vorschlag gemacht, ein dem [RAN-Bildungsmanifest](#) ähnliches Manifest zum Verhältnis zwischen formalen und nichtformalen Bildungseinrichtungen zu erstellen. Andere TeilnehmerInnen schlossen sich dem Wunsch nach der Erarbeitung eines RAN-weit einheitlichen Konzepts an.

Weiterführende Literatur

Das [Themenpapier von RAN YF&C, „Die Rolle der nicht-formalen Bildung bei der Prävention und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus“](#) ergänzt das unter dem Titel [„Manifesto for Education – Empowering Educators and Schools“](#) veröffentlichte Bildungsmanifest des RAN um den Themenbereich der Bildungsangebote nichtformaler Stellen.